

Fachverband Informationstechnologie
in Sozialwirtschaft und Sozialverwaltung
FINSOZ e.V.

Diakonie Bayern „Vorstand-Digital-Treffen“ - Billing Chain in der Eingliederungshilfe -

Prof. Dr. Dietmar Wolff / Vorstand FINSOZ e.V.

online, 29. September 2021

Eine kurze Historie

Historische Entwicklung bei FINSOZ

- Auswirkungen des BTHG
- nach wie vor Probleme in der Pflegeabrechnung
- KiJuHi???
- kurze Historie
 - MASS mit LWV Hessen
 - BruderhausDiakonie
 - Umfragen FINSOZ/vediso und Interviewrunden
 - Positionspapier
 - weitere Gespräche
 - erste Anfragen bei Kunden

22.09.2021 | Präsenz in Kassel (Location wird noch bekanntgegeben)

Neue Fachgruppe "XRechnung" geplant

Die Regelungen zur "XRechnung" als nationaler Standard einer eRechnung in Deutschland unterscheiden sich in den verschiedenen Bundesländern erheblich. Zwar sind die Kommunen als relevanter Kostenträger in der Eingliederungshilfe laut EU-Richtlinie 2014/55/EU verpflichtet, elektronische Rechnungen anzunehmen. Eine Pflicht zur eRechnung seitens der Rechnungssteller haben bisher jedoch nur die wenigsten Bundesländer gesetzlich festgeschrieben – Baden-Württemberg (BW), das Saarland und Hessen haben diesen Schritt bereits vollzogen: Start für BW und das Saarland ist am 1. Januar 2022, Mecklenburg-Vorpommern zieht am 18.04.2023 und Hessen am 18.04.2024 nach.

Um rechtzeitig vorbereitet zu sein – und mit dem perspektivischen Ziel, einen gemeinsamen Standard für Abrechnungen mit XRechnung in der Sozialwirtschaft zu definieren, bietet FINSOZ die Gründung einer Fachgruppe "XRechnung" an. Es soll definiert werden und vereinheitlicht werden, welche Daten, die momentan an verschiedenen Stellen des XFormats abgelegt sind, standardisiert gespeichert werden können.

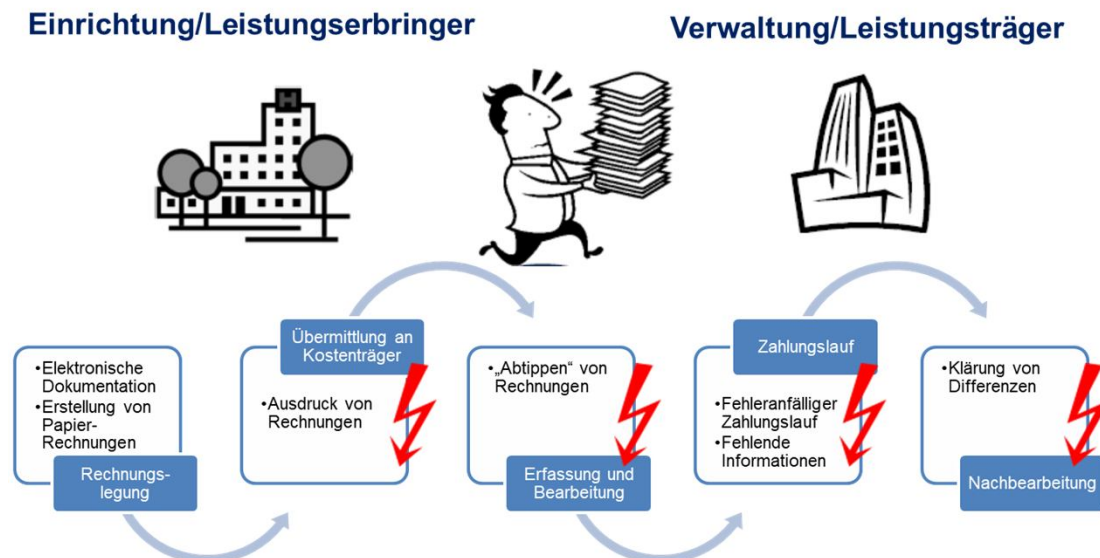
Eingeladen zur hybriden Auftaktsitzung sind Softwareanbieter und Nutzer (Abrechnung).

Interessenten, die in der Fachgruppe mitarbeiten möchten, können sich hier anmelden.

Anmeldeschluss: 21.09.2021

Was ist das Problem?

- 3 wesentliche Schnittstellen in der „Billing Chain“
 - Rechnungsstellung Leistungserbringer an Kostenträger
 - Zahlungsanweisung Kostenträger an Leistungserbringer
 - Avis Kostenträger an Leistungserbringer



Bildquelle: Benjamin Scharf/BruderhausDiakonie, Geschäftsführenden Konferenz der Diakonie Bayern, 16.06.2021

Dringlichkeit des Problems

- Einsparpotenziale bei der Rechnungserstellung: 0,5 – 1,0 VK je 5.000 Mitarbeitende
 - Einsparpotenziale bei der Zahlungszuordnung: 1,5 – 2,5 VK je 5.000 Mitarbeitende
- Insgesamt: 2,0 – 3,5 VK je 5.000 Mitarbeitende**

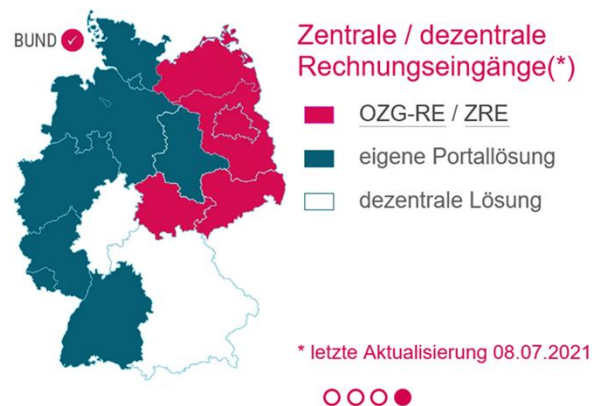
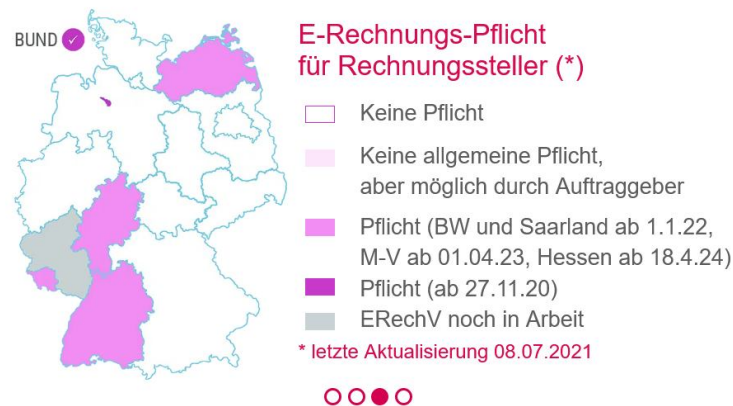
Die Schwankungen bei dem geschätzten Einsparpotenzial scheinen insbesondere abhängig von der Größe und der konkreten Prozessgestaltung der **Leistungserbringer**. Ausgehend von einem Mittelwert von 2,75 VK je 5.000 Mitarbeitende ergeben sich für die Seite der Leistungserbringer mit ca. 1 Million Beschäftigten in Deutschland **Einsparungen von geschätzt 550 Vollzeitkräften** beziehungsweise unter Annahme eines Durchschnittsgehalts von **rund 33 Millionen Euro**, die heute den eigentlichen Leistungsempfängern entzogen werden.

Neue Impulse

- FINSOZ und vediso Forderungen
 - ein standardisiertes Format zur Übermittlung und Verarbeitung von Rechnungen verbunden mit
 - einer einheitlichen, elektronische Schnittstelle zwischen Leistungsträgern und Leistungserbringern zur Vermeidung von Medienbrüchen und Mehraufwand



Aktueller Status in den Ländern



Hier finden Sie eine Liste der anstehenden Termine für ganz Deutschland:

1. Januar 2022: Baden-Württemberg - E-Rechnungspflicht für Lieferanten.

1. Januar 2022: Saarland - E-Rechnungspflicht für Lieferanten.

18. April 2022: Bayern - Verpflichtung zur Annahme von E-Rechnungen unterhalb der Schwellwerte und ab 1.000,00 € für Gemeinden, Gemeindeverbände, Landratsämter und sonstige juristische Personen des öffentlichen Rechts.

31. Dezember 2022: Berlin - Verpflichtung zur Annahme von E-Rechnungen bei Auftragswerten ab 1.000,00 €, auch für den unter-schwelligen Bereich.

1. April 2023: Mecklenburg-Vorpommern - E-Rechnungspflicht für Lieferanten.

18. April 2023: Bayern - Verpflichtung zur Annahme von E-Rechnungen bei Bauaufträgen im Unterschwellenbereich.

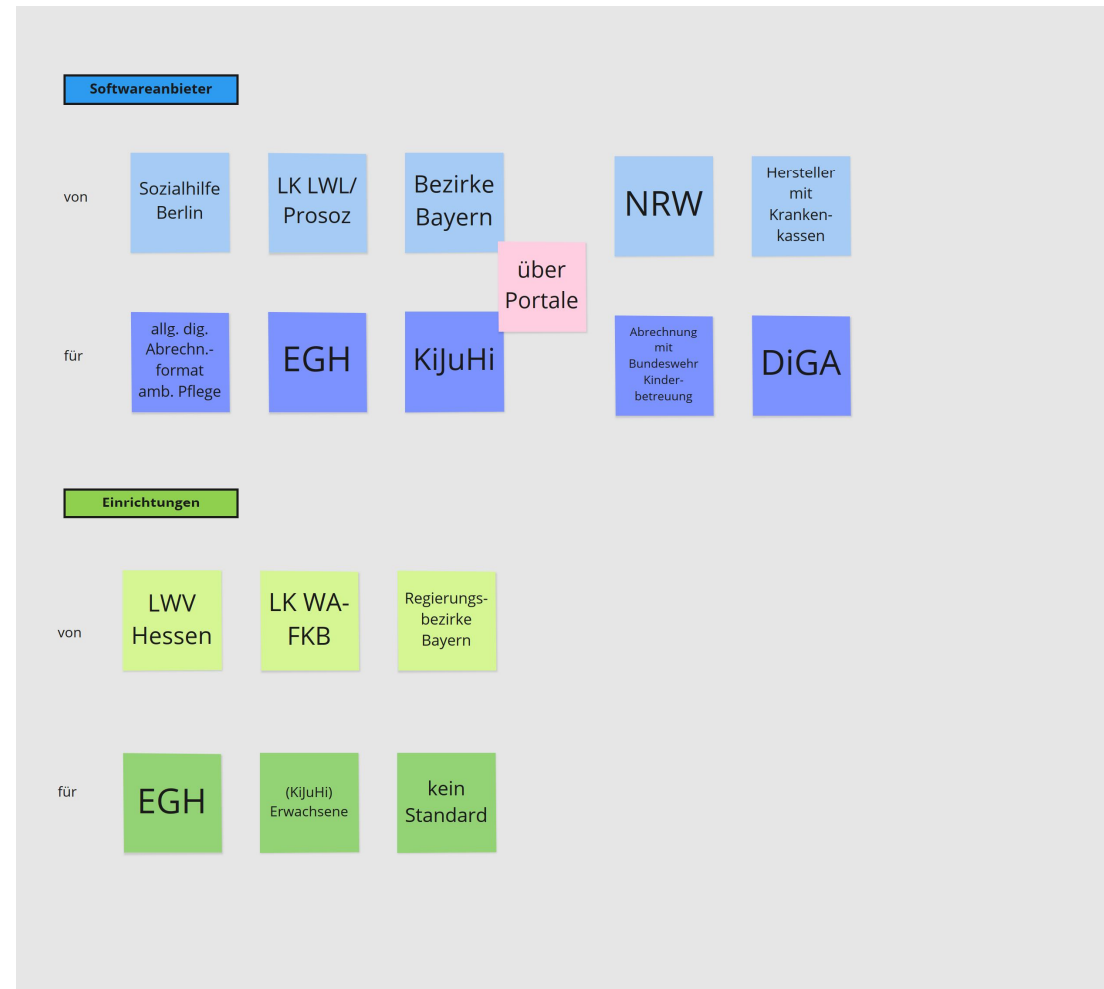
1. Januar 2024: Rheinland-Pfalz - E-Rechnungspflicht für Lieferanten.

18. April 2024: Hessen - E-Rechnungspflicht für Lieferanten.

1. Januar 2025: Land Brandenburg - Verpflichtung zur Annahme von E-Rechnungen für öffentliche Auftraggeber der mittelbaren Landesverwaltung, insbesondere Kommunen. Dies gilt für den unter-schwelligen und ober-schwelligen Bereich.

Ergebnis FINSOZ FG Billing Chain

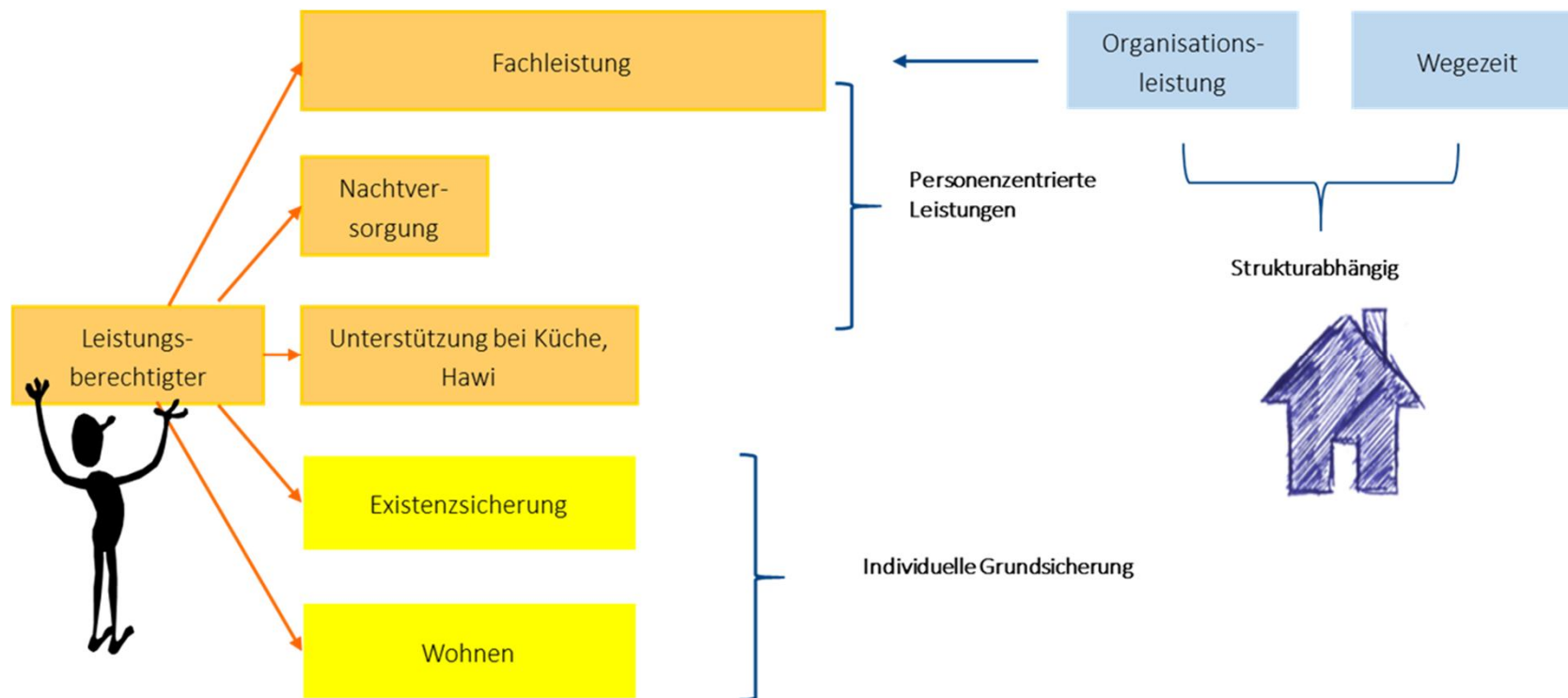
- erhaltene Anfragen der Teilnehmenden zur eRechnung



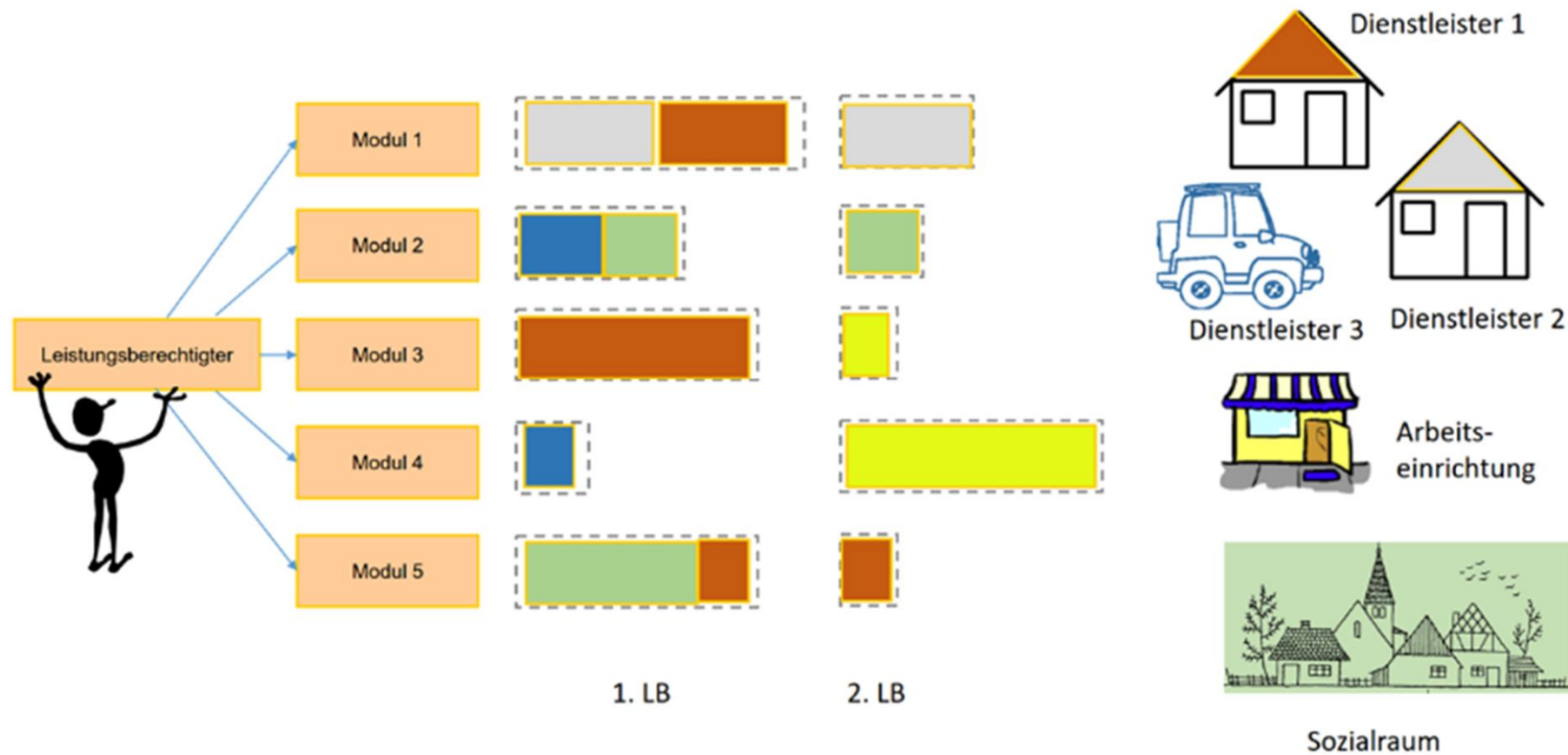
Problemanalyse



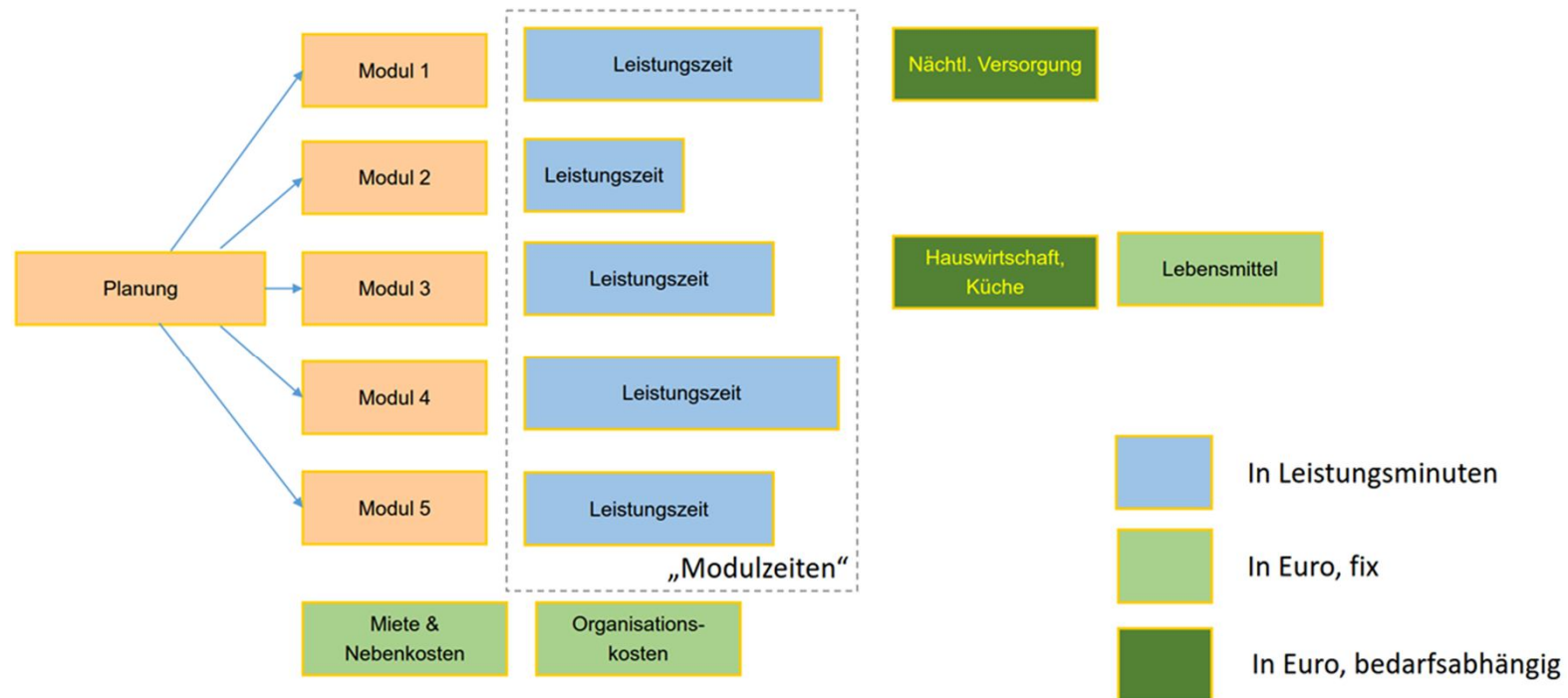
Probleme aus dem BTHG



Probleme aus dem BTHG



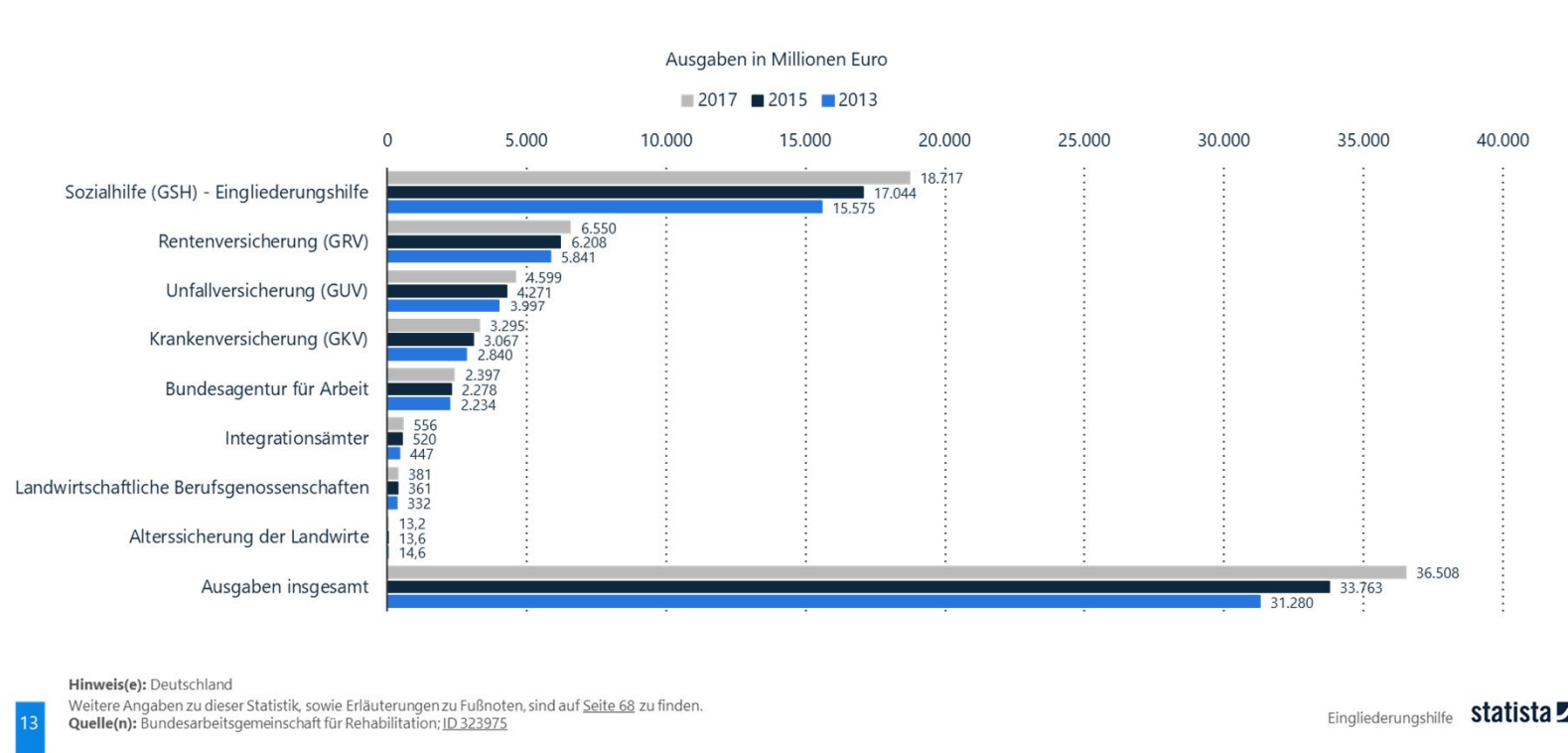
Probleme aus dem BTHG



Problem Kostenexplosion

Ausgaben für Rehabilitation und Teilhabe in Deutschland nach Kostenträger in den Jahren von 2013 bis 2017 (in Millionen Euro)

Ausgaben für Rehabilitation und Teilhabe in Deutschland nach Kostenträger bis 2017

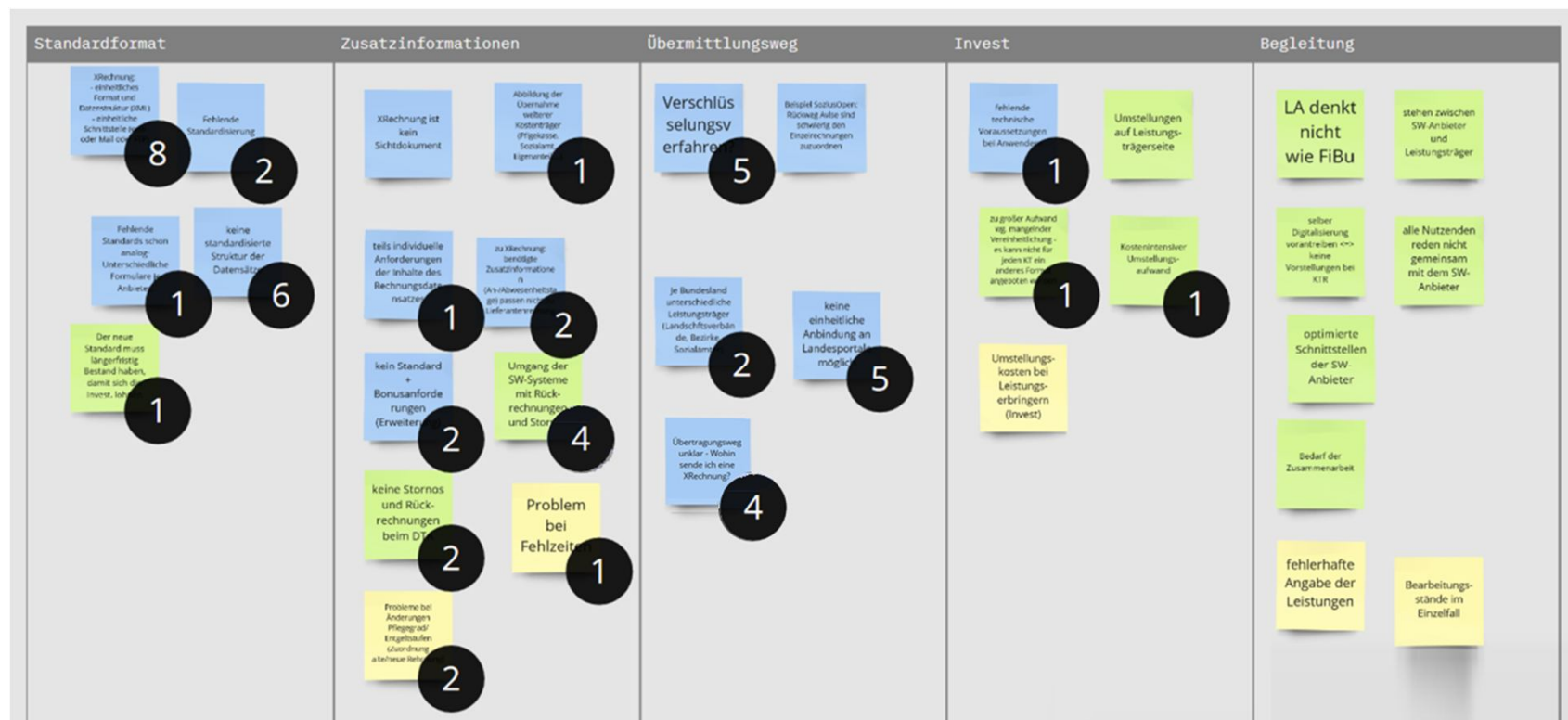
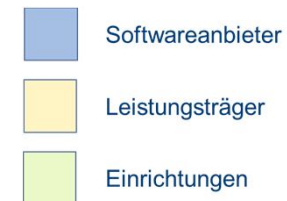


Problembeschreibung Positionspapier

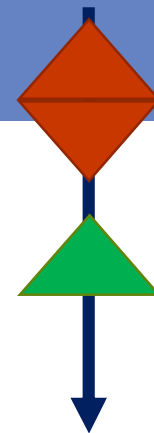
- Probleme aus Sicht der Leistungserbringer:
 - Arbeitsaufwand für das Ausdrucken und Kuvertieren von Papierrechnungen
 - Ressourcenverschwendung durch den Ausdruck von Papierrechnungen
 - Arbeitsaufwand für die Klärung von Nachfragen von Kostenträgern und Abstimmung von Erfassungsfehlern von Rechnungen bei Kostenträgern
- Probleme aus Sicht der Leistungsträger
 - Arbeitsaufwand für die Erfassung von Papierrechnungen
 - Erfassungsfehler von Papierrechnungen – Lesefehler bei elektronischer Erfassung (OCR-Scan) und Tippfehler bei manuellen Erfassung
 - Klärungsaufwand von Erfassungsfehlern

Ergebnis FINSOZ FG Billing Chain

- Problemsammlung, -clustering und -priorisierung

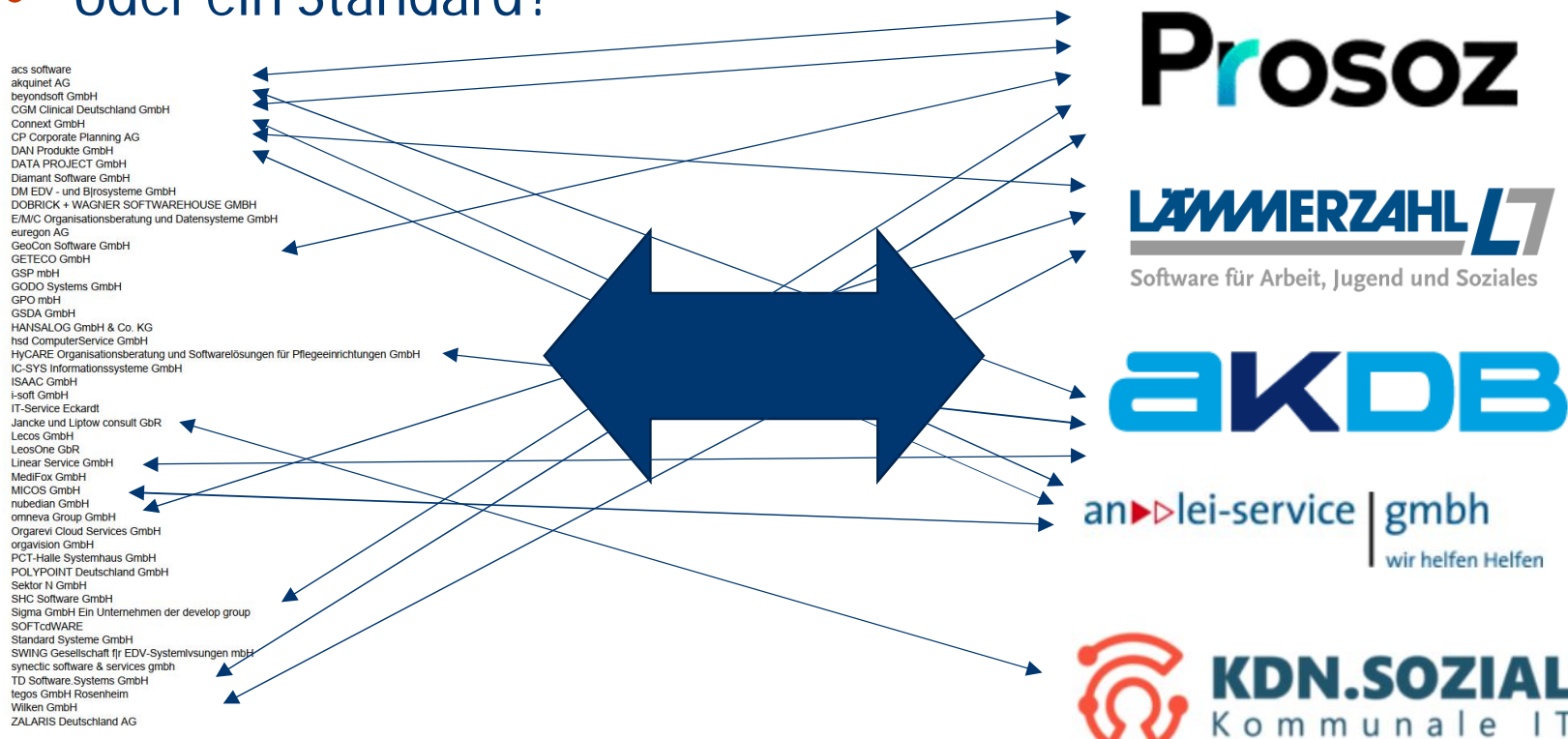


Lösungsansätze



Standardisierte Schnittstelle für elektronische Rechnungen („eRechnungen“)

- 1:1 Schnittstellen
- oder ein Standard?



Quellen: Kreidenweis/Wolff, IT-Report für die Sozialwirtschaft 2020; Firmenseiten

Onlinezugangsgesetz (OZG)

- Im Rahmen der Umsetzung des OZG müssen die Verwaltungen von Bund, Ländern und Kommunen ihre Verwaltungsleistungen bis zum 31.12.2022 auch online anbieten.
- 575 umzusetzende OZG-Leistungen

LeiKa-Typ	Regelungskompetenz	Vollzugskompetenz
1	Bundesebene	Bund
2a	Bundesebene	Vollzug durch Landesebene
2b		Ausführungsvorschriften durch Landesebene, Vollzug durch kommunale Ebene
3a	Bundesebene (Abweichungsrecht)	Vollzug durch Landesebene
3b		Ausführungsvorschriften durch Landesebene, Vollzug durch kommunale Ebene
4a	Landesebene	Vollzug durch Landesebene
4b		Vollzug durch kommunale Ebene
5	Kommunale Ebene	Vollzug durch kommunale Ebene

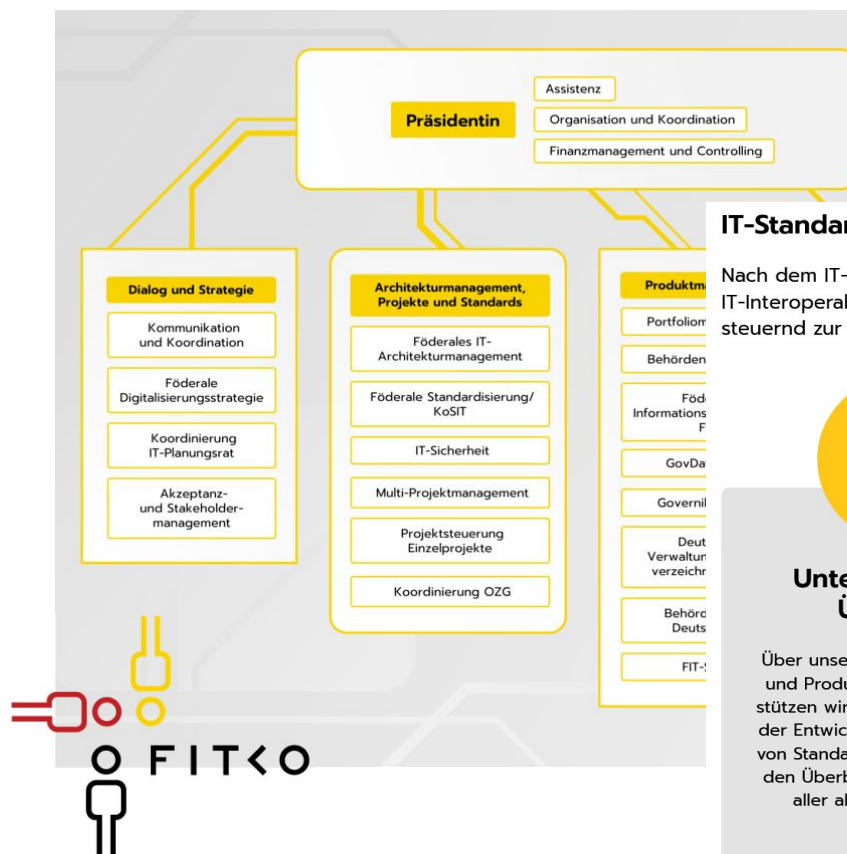


OZG – Umsetzung

Was ist ein Standard?

"Ein Standard ist eine vergleichsweise einheitliche oder vereinheitlichte, von bestimmten Kreisen anerkannte und meist auch angewandte (oder zumindest angestrebte) Art und Weise, etwas herzustellen oder durchzuführen, die sich gegenüber anderen Arten und Weisen durchgesetzt hat. Dieser Begriff findet sich nicht nur ausschließlich in den Bereichen Technik und Methodik, sondern auch in vielen anderen Bereichen wie z. B. Menschenrechte oder Umweltschutz."

(Quelle: IHK Koblenz, Stand: August 2020)



IT-Standards des IT-Planungsrates – die Aufgaben der FITKO

Nach dem IT-Staatsvertrag beschließt der IT-Planungsrat fachunabhängige und fachübergreifende IT-Interoperabilitäts- und Sicherheitsstandards. Als FITKO stehen wir hierbei unterstützend und steuernd zur Seite und übernehmen folgende Aufgaben:



Unterstützung & Überblick

Über unser Architektur-, Projekt- und Produktmanagement unterstützen wir den IT-Planungsrat bei der Entwicklung und dem Betrieb von Standards. Dabei behalten wir den Überblick über das Portfolio aller aktiven IT-Standards.



Beratung & Koordination bei Standardisierungsbedarfen

Im Rahmen der Führung der Standardisierungsagenda beraten und koordinieren wir den IT-Planungsrat bei neuen Standardisierungsbedarfen.



Beauftragung von Partner:innen

Für die Pflege und Weiterentwicklung anerkannter IT-Standards, insbesondere standardisierter Datenaustauschformate, beauftragen wir bei Bedarf Partner:innen wie z.B. die Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT).

OZG – Themenfelder und Zuständigkeiten

Übersicht

- Themenfeld Arbeit & Ruhestand
- Themenfeld Bauen & Wohnen
- Themenfeld Bildung
- Themenfeld Ein- & Auswanderung
- Themenfeld Engagement & Hobby
- Themenfeld Familie & Kind
- Themenfeld Forschung & Förderung
- Themenfeld Gesundheit
- Kammerleistungen
- Themenfeld Mobilität & Reisen
- Themenfeld Querschnittsleistungen
- Themenfeld Recht & Ordnung
- Themenfeld Steuern & Zoll
- Themenfeld Umwelt
- Themenfeld Unternehmensführung & -entwicklung

Auf einen Blick: das Themenfeld Gesundheit

Federführendes Bundesressort	Bundesministerium für Gesundheit (BMG)
Federführendes Bundesland	Niedersachsen

Weitere Projektpartner

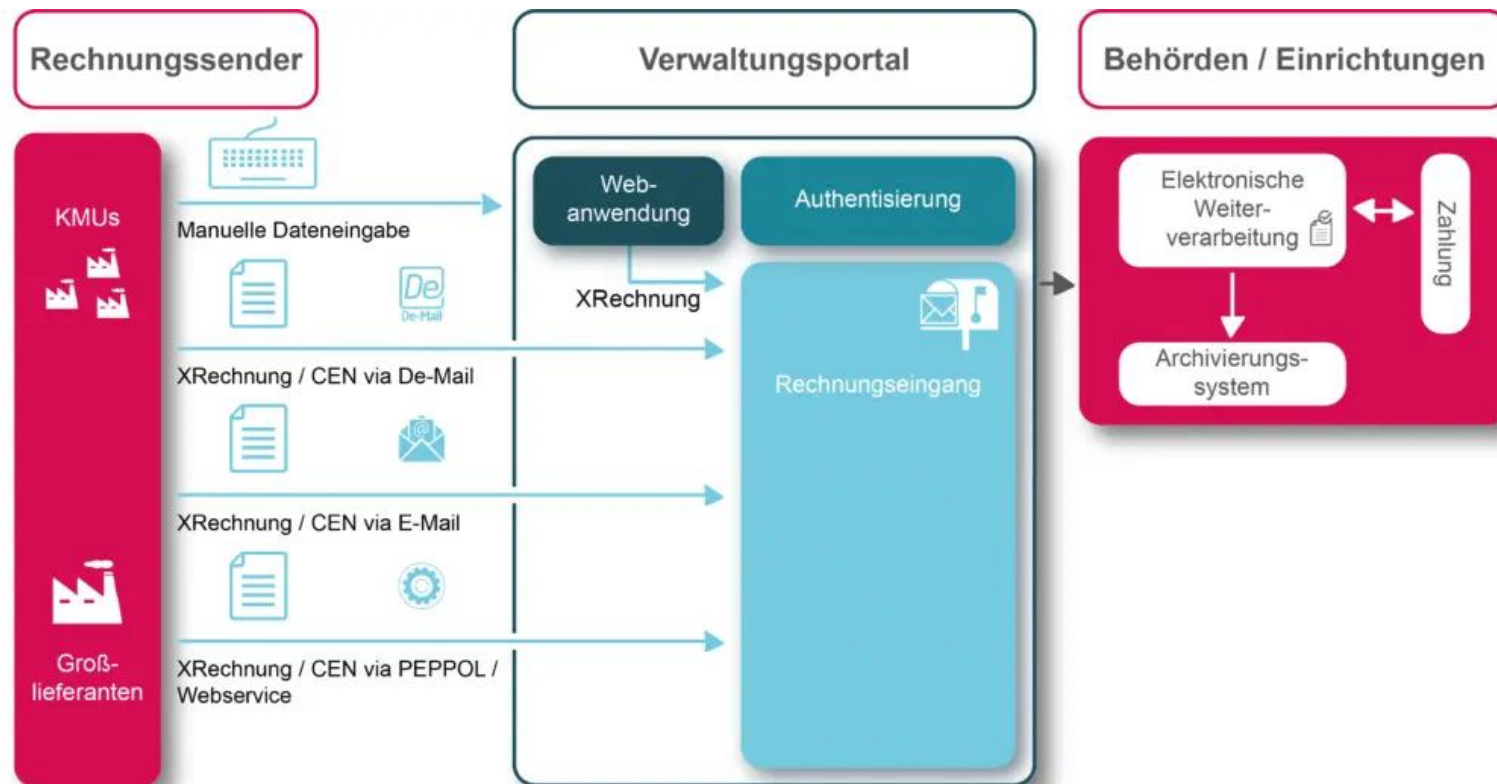
Lebenslagen/ Unternehmenslagen

Umsetzungsprojekte

Auf einen Blick: das Themenfeld Arbeit & Ruhestand

Federführendes Bundesressort	Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)
Federführendes Bundesland	Nordrhein-Westfalen
Weitere Projektpartner	<p>Im Themenfeld sind zahlreiche Projektpartner eingebunden, u. a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Schleswig-Holstein (mitarbeitendes Land) ▪ Hessen (mitarbeitendes Land) ▪ Baden-Württemberg ▪ Niedersachsen ▪ Kommunale Spitzenverbände ▪ Dachverband kommunaler IT-Dienstleister in Nordrhein-Westfalen (KDN) ▪ IT-Verbund Schleswig-Holstein (ITVSH) ▪ Hessischer Städtetag und Niedersächsischer Landkreistag (gemeinsam als "Kompetenzteam Digitale Transformation der Kommunalen Jobcenter") ▪ Kommunen aus Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen
Lebenslagen/ Unternehmenslagen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Finanzielle Existenzsicherung/Unterstützung bei finanziellen Problemen ▪ (Drohender) Arbeitsplatzverlust und Arbeitsplatzsuche ▪ Arbeitsplatzwechsel ▪ Altersvorsorge ▪ Rente und Soziale Entschädigung
Umsetzungsprojekte	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Anerkennungen und Zulassungen ▪ Expressdigitalisierung Leistungen nach § 56 IfSG ▪ Leistungen der Sozialplattform ▪ Urkundenverwahrung und Rentenleistungen

OZG – Übermittlungswege



Bildquelle: <https://www.ximantix.de/was-ist-xrechnung>

OZG – reale Umsetzung

Kurz erklärt: Was ist eine elektronische Rechnung?

Eine Rechnung ist eine elektronische Rechnung (eRechnung), wenn sie in einem strukturierten Format ausgestellt, übermittelt und empfangen wird und das Format die automatische und elektronische Verarbeitung der Rechnung ermöglicht.

Ein reines PDF-Dokument, eine eingescannte oder fotografierte Papierrechnung sind beispielsweise keine elektronischen Rechnungen.



Was ist die gesetzliche Grundlage für die elektronische Rechnung?

Am 27. November 2018 trat die E-Rechnungs-Verordnung (E-Rech-VO) des Bundes in Kraft.

§ 11 E-Rech-VO regelt, dass ab dem 27. November 2019 alle Bundesbehörden (somit auch die Deutsche Rentenversicherung Bund und die Knappschaft-Bahn-See) zur Annahme elektronischer Rechnungen, unter Verwendung des Standards XRechnung nach § 4 Absatz 1 E-Rech-VO verpflichtet sind.

Für Landesbehörden (RV-Regionalträger) und Kommunen gilt gemäß EU-Richtlinie eine Frist bis zum 18. April 2020.

Ab dem 27. November 2020 sind Rechnungssteller zur elektronischen Rechnungsstellung gegenüber öffentlichen Auftraggebern des Bundes verpflichtet.

Ausnahme: Rechnungen bis zu einem Direktauftrag bis 1.000 Euro müssen nicht elektronisch eingereicht werden.

Ausgenommen vom Verfahren eRechnung sind Leistungen, die im Reha-Datenaustauschverfahren nach § 301 SGB V elektronisch abgerechnet werden.

Wie kann eine elektronische Rechnung übermittelt werden?

Es können sowohl betriebswirtschaftliche Rechnungen [BW] – beispielsweise Lieferantenrechnungen, Softwarelizenzen, Büromaterial – als auch sozialversicherungsrechtliche Rechnungen [RV] – beispielsweise Rechnungen für ambulante Reha-Maßnahmen – übermittelt werden.

Dazu stehen derzeit folgende Übertragungswege zur Verfügung:

- Weberfassung,
- Upload.

Über die Weberfassung können Rechnungen über ein Eingabeformular an die Deutsche Rentenversicherung übermittelt werden.

Mittels Upload können bereits fertige XML-Dateien im Standard XRechnung eingereicht werden.



XRechnung – rechtliche Grundlage

- Europäische Richtlinie 2014/55/EU über die elektronische Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen
- Umsetzung in Bund und Ländern durch jeweilige Gesetzgebung
 - Bund: Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung [☞](#)
 - Baden-Württemberg: Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung des Landes Baden-Württemberg (E-Government-Gesetz Baden-Württemberg - EGovG BW) [☞](#)
 - Bayern: Gesetz über die elektronische Verwaltung in Bayern (Bayerisches E-Government-Gesetz - BayEGovG) [☞](#)
 - Berlin: Vorlage – zur Beschlussfassung – Berliner Gesetz zum Umgang mit elektronischen Rechnungen (Berliner E-Rechnungsgesetz – BERG) [☞](#)
 - Brandenburg: Gesetz über die elektronische Verwaltung im Land Brandenburg (Brandenburgisches E-Government-Gesetz - BbgEGovG) [☞](#)
 - Bremen: Verordnung über die elektronische Rechnung (E-Rechnungs-VO) vom 10. Juli 2018 (Brem.GBL 2018, 316) [☞](#)
 - Hamburg:
 - Hessen:
 - Mecklenburg-Vorpommern:
 - Niedersachsen:
 - Nordrhein-Westfalen:
 - Rheinland-Pfalz:
 - Saarland: Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung im Saarland (E-Government-Gesetz Saarland - E-GovG SL) [☞](#)
 - Sachsen. Sächsisches E-Government-Gesetz (SächsEGovG) [☞](#)
 - Sachsen-Anhalt:
 - Schleswig-Holstein: Allgemeines Verwaltungsgesetz für das Land Schleswig-Holstein (Landesverwaltungsgesetz - LVwG -) [☞](#)
 - Thüringen: Thüringer Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung (Thüringer E-Government-Gesetz -ThürEGovG -) [☞](#)

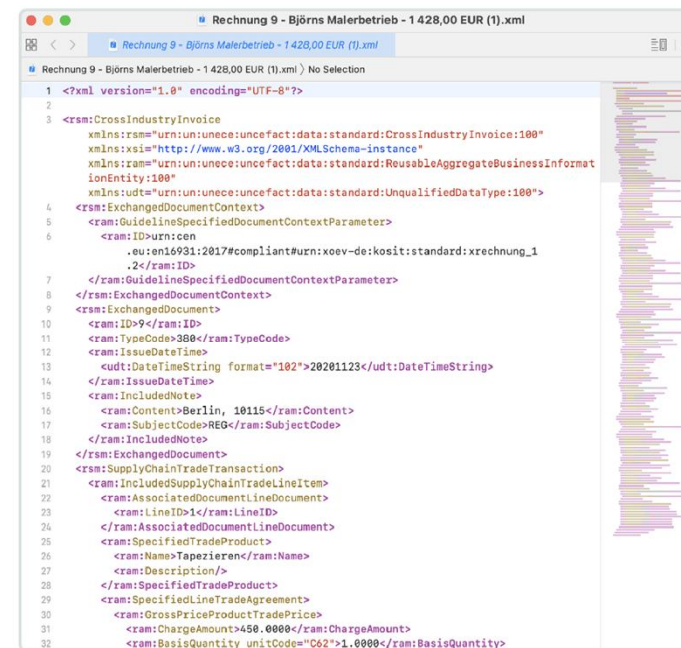
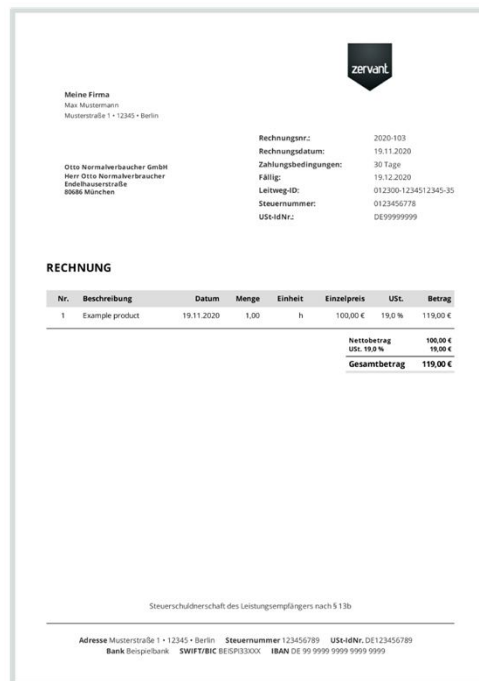
XRechnung – Zuständigkeit

- der Standard XRechnung wird von der KoSIT im Auftrag des IT-Planungsrats betrieben
- Aufgaben der KoSIT
 - XÖV Entwicklung und Betrieb
 - Koordination und Öffentlichkeitsarbeit
 - Sicherer Transport von Daten im E-Government, insb. OSCI-Transport
 - Einheitlicher Zugang zu Transportverfahren: XTA
 - Standardisierungsagenda
 - Standard zum Austausch von Akten, Vorgängen und Dokumenten



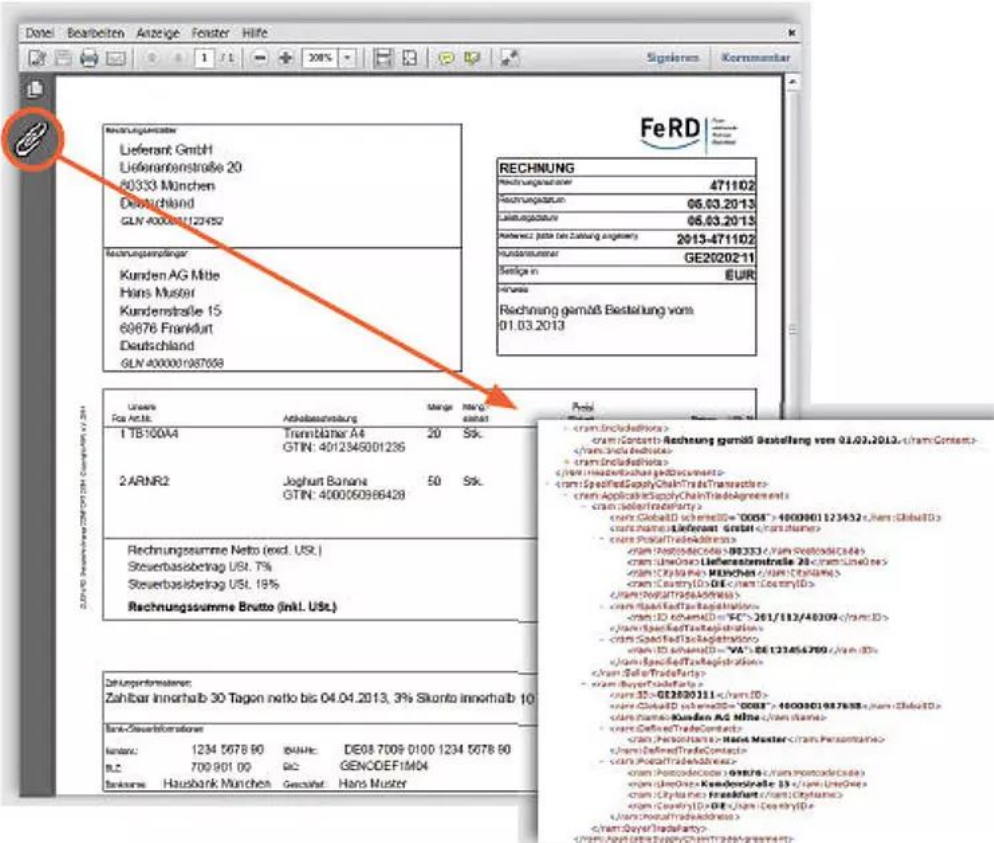
Koordinierungsstelle
für IT-Standards

XRechnung – Standard



- <https://www.xoev.de/sixcms/media.php/13/211-XRechnung-2021-07-29.pdf>
- weitere Komponenten

E-Rechnung mit ZUGFeRD



The screenshot displays a software window titled 'FeRD' showing an invoice and its XML representation. The invoice is for 'Lieferant GmbH' (Supplier) and 'Kunden AG Mitte' (Customer). The invoice number is 471102, dated 06.03.2013. The XML code below the invoice details the invoice structure, including sender and receiver information, invoice details, and payment terms.

RECHNUNG

Rechnungsnr.: 471102
 Rechnungsdatum: 06.03.2013
 Leistungsdatum: 06.03.2013
 Referenz: bitte bei Zahlung angeben: 2013-471102
 Kundennummer: GE2020211
 Beträge in: EUR
 Hinweis: Rechnung gemäß Bestellung vom 01.03.2013

Utwers	Artikelschreibung	Menge	Merkmale	Preis
1 TB100A4	Trennbücher A4 GTIN: 4012345001236	20	Sq.	
2 ARNR2	Joghurt Banane GTIN: 4000060986428	50	Sq.	

Rechnungssumme Netto (excl. USt.)
 Steuerbasisbetrag USt. 7%
 Steuerbasisbetrag USt. 19%
Rechnungssumme Brutto (inkl. USt.)

Zahlungsinformationen:
 Zahlfar. innerhalb 30 Tagen netto bis 04.04.2013, 3% Skonto innerhalb 10

Bank- / Steuerinformationen:
 IBAN: 1234 5678 90 BIC: DE08 7009 0100 1234 5678 90
 BLZ: 700 901 00 BIC: GENODEF1M04
 Bankname: Hausbank München Geschäft: Hans Muster

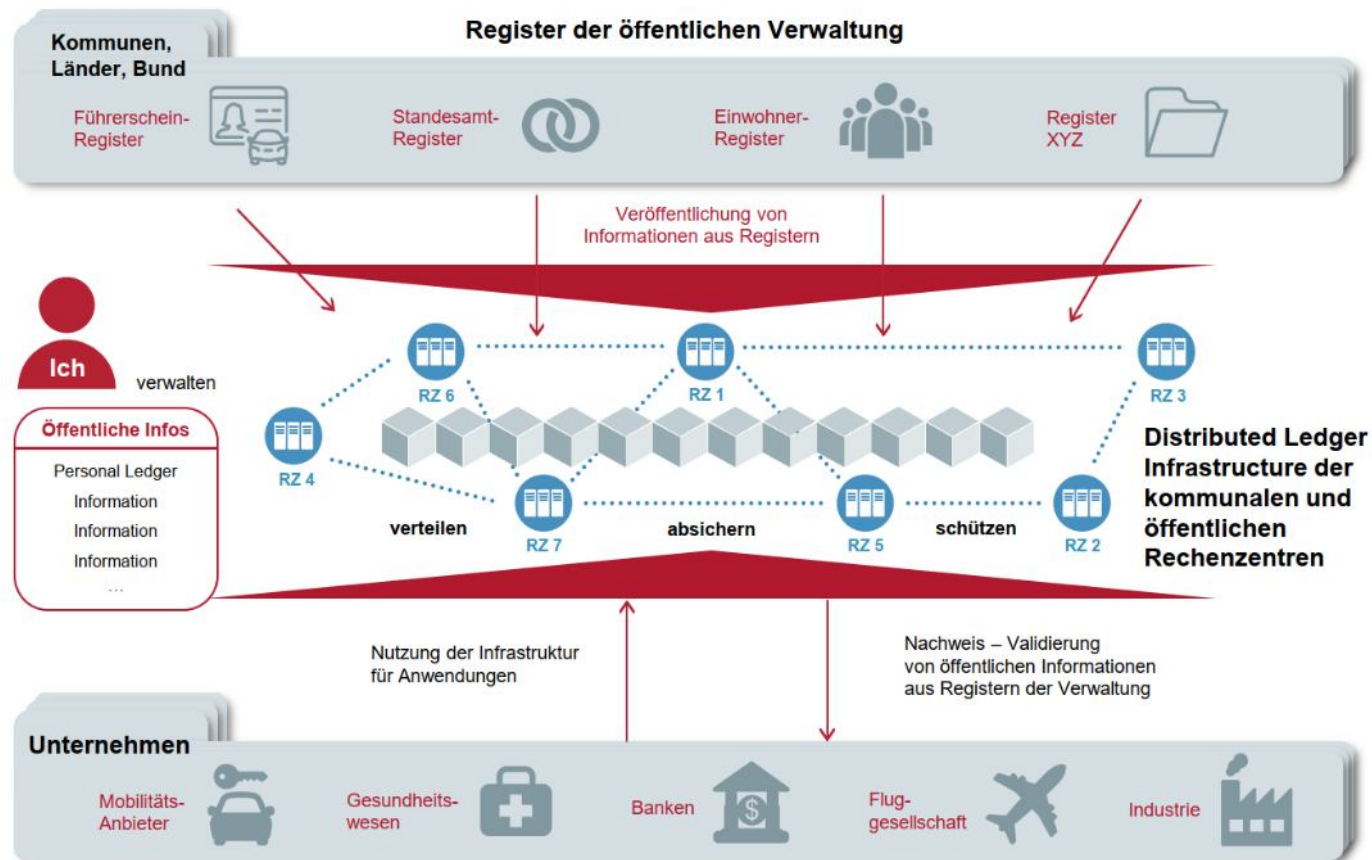
```

<?xml version='1.0' encoding='UTF-8'>
<ram:IncludedInvoice>
  <ram:Content> Rechnung gemäß Bestellung vom 01.03.2013 </ram:Content>
</ram:IncludedInvoice>
<ram:IncludedInvoice>
  <ram:Header>
    <ram:InvoiceID> 471102 </ram:InvoiceID>
    <ram:InvoiceDate> 2013-03-06 </ram:InvoiceDate>
    <ram:InvoiceTypeCode> 38 </ram:InvoiceTypeCode>
    <ram:InvoiceTypeCodeName> Rechnung </ram:InvoiceTypeCodeName>
    <ram:InvoicePartySet>
      <ram:GlobalID schemeID='0008'> 4000012345 </ram:GlobalID>
      <ram:Name> Lieferant GmbH </ram:Name>
      <ram:PostalTradeAddress>
        <ram:PostalTradeAddress>
          <ram:StreetName> Lieferantstraße 20 </ram:StreetName>
          <ram:CityName> München </ram:CityName>
          <ram:CountryID> DE </ram:CountryID>
        </ram:PostalTradeAddress>
      </ram:PostalTradeAddress>
      <ram:BuyerTradeParty>
        <ram:GlobalID schemeID='0008'> 4000060986428 </ram:GlobalID>
        <ram:Name> Kunden AG Mitte </ram:Name>
        <ram:DefinedTradeContact>
          <ram:PartyName> Hans Muster </ram:PartyName>
        </ram:DefinedTradeContact>
      </ram:BuyerTradeParty>
    </ram:InvoicePartySet>
  </ram:Header>
  <ram:ItemSet>
    <ram:Item>
      <ram:ItemID> TB100A4 </ram:ItemID>
      <ram:ItemName> Trennbücher A4 </ram:ItemName>
      <ram:Quantity> 20 </ram:Quantity>
      <ram:UnitCode> SQ </ram:UnitCode>
      <ram:ItemPrice> </ram:ItemPrice>
    </ram:Item>
    <ram:Item>
      <ram:ItemID> ARNR2 </ram:ItemID>
      <ram:ItemName> Joghurt Banane </ram:ItemName>
      <ram:Quantity> 50 </ram:Quantity>
      <ram:UnitCode> SQ </ram:UnitCode>
      <ram:ItemPrice> </ram:ItemPrice>
    </ram:Item>
  </ram:ItemSet>
  <ram:TotalSet>
    <ram:TotalTypeCode> 1 </ram:TotalTypeCode>
    <ram:TotalValue> </ram:TotalValue>
  </ram:TotalSet>
  <ram:PaymentTermsSet>
    <ram:PaymentTerms>
      <ram:Text> Zahlung innerhalb 30 Tagen netto bis 04.04.2013, 3% Skonto innerhalb 10 </ram:Text>
    </ram:PaymentTerms>
  </ram:PaymentTermsSet>
  <ram:BankAccountSet>
    <ram:BankAccount>
      <ram:IBAN> 1234 5678 90 </ram:IBAN>
      <ram:AccountName> Hausbank München </ram:AccountName>
    </ram:BankAccount>
  </ram:BankAccountSet>
  <ram:TaxSet>
    <ram:TaxSchemeID> </ram:TaxSchemeID>
    <ram:TaxTypeCode> </ram:TaxTypeCode>
    <ram:TaxValue> </ram:TaxValue>
  </ram:TaxSet>
  <ram:InvoiceTextSet>
    <ram:Text> Rechnung gemäß Bestellung vom 01.03.2013 </ram:Text>
  </ram:InvoiceTextSet>
  <ram:BuyerTradeParty>
    <ram:GlobalID schemeID='0008'> 4000012345 </ram:GlobalID>
    <ram:Name> Lieferant GmbH </ram:Name>
    <ram:PostalTradeAddress>
      <ram:PostalTradeAddress>
        <ram:StreetName> Lieferantstraße 20 </ram:StreetName>
        <ram:CityName> München </ram:CityName>
        <ram:CountryID> DE </ram:CountryID>
      </ram:PostalTradeAddress>
    </ram:BuyerTradeParty>
  </ram:BuyerTradeParty>
</ram:IncludedInvoice>
  
```

Bildquelle: <https://www.estandards-mittelstand.de/estandards-wissen/standards-im-e-business/transaktion/zugferd/>



Neue Ansätze: Blockchain

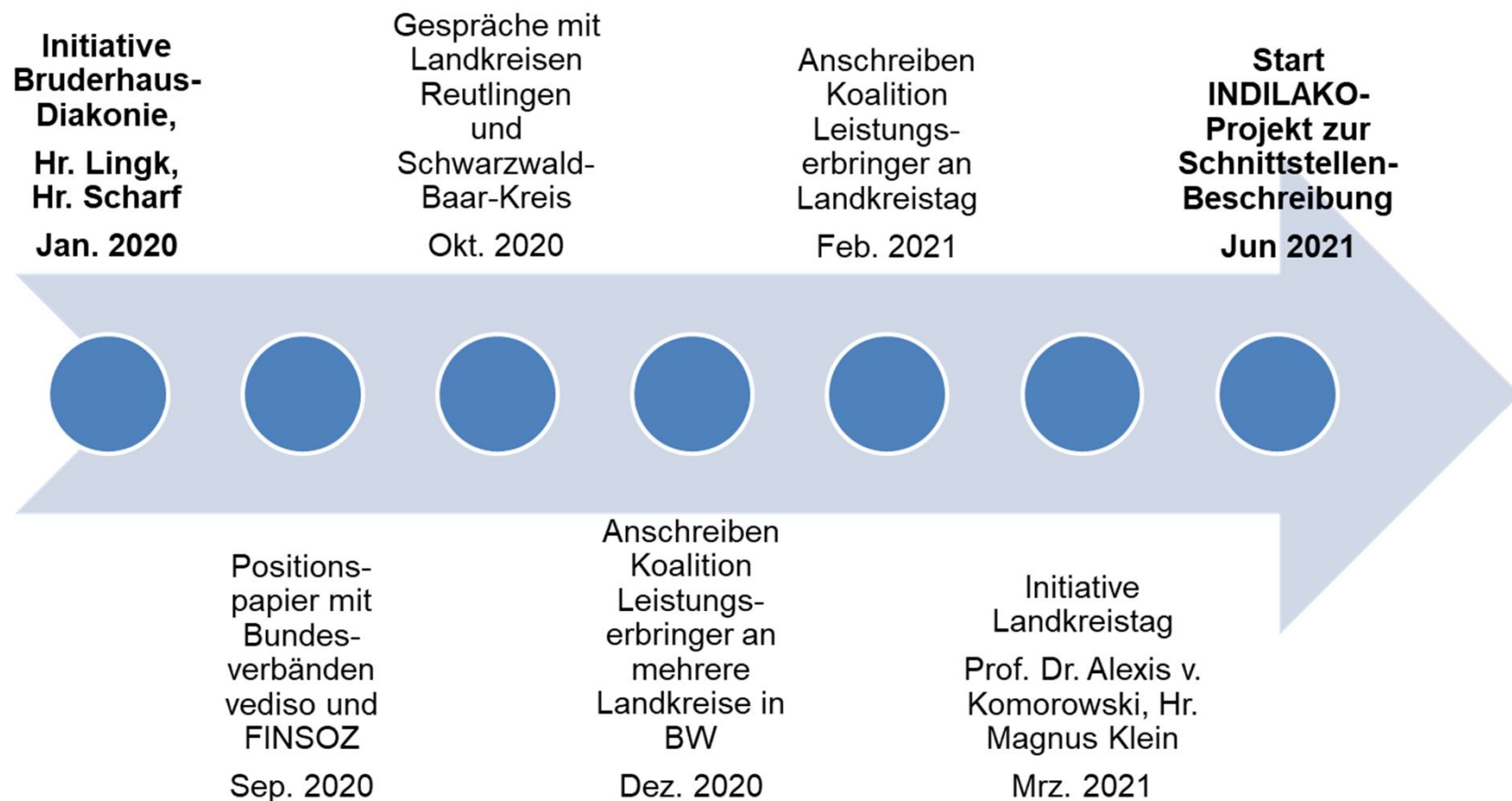


Quelle: regio IT

Neue Ansätze: Telematikinfrastruktur

- Änderung § 302 SGB V mit dem Patientendaten-Schutz-Gesetz (PDSG) vom 18.09.2020
 - „Im Rahmen der Abrechnung von Leistungen der häuslichen Krankenpflege nach § 37 sowie der außerklinischen Intensivpflege nach § 37c sind ... von den Krankenkassen und den Leistungserbringern ab dem 1. März 2021 ausschließlich elektronische Verfahren zur Übermittlung von Abrechnungsunterlagen einschließlich des Leistungsnachweises zu nutzen, wenn der Leistungserbringer
 1. an die Telematikinfrastruktur angebunden ist,
 2. ein von der Gesellschaft für Telematik nach § 311 Absatz 6 zugelassenes Verfahren zur Übermittlung der Daten nutzt und
 3. der Krankenkasse die für die elektronische Abrechnung erforderlichen Angaben übermittelt hat.Die Verpflichtung ... besteht nach Ablauf von drei Monaten, nachdem der Leistungserbringer die für die elektronische Übermittlung von Abrechnungsunterlagen erforderlichen Angaben an die Krankenkasse übermittelt hat.“

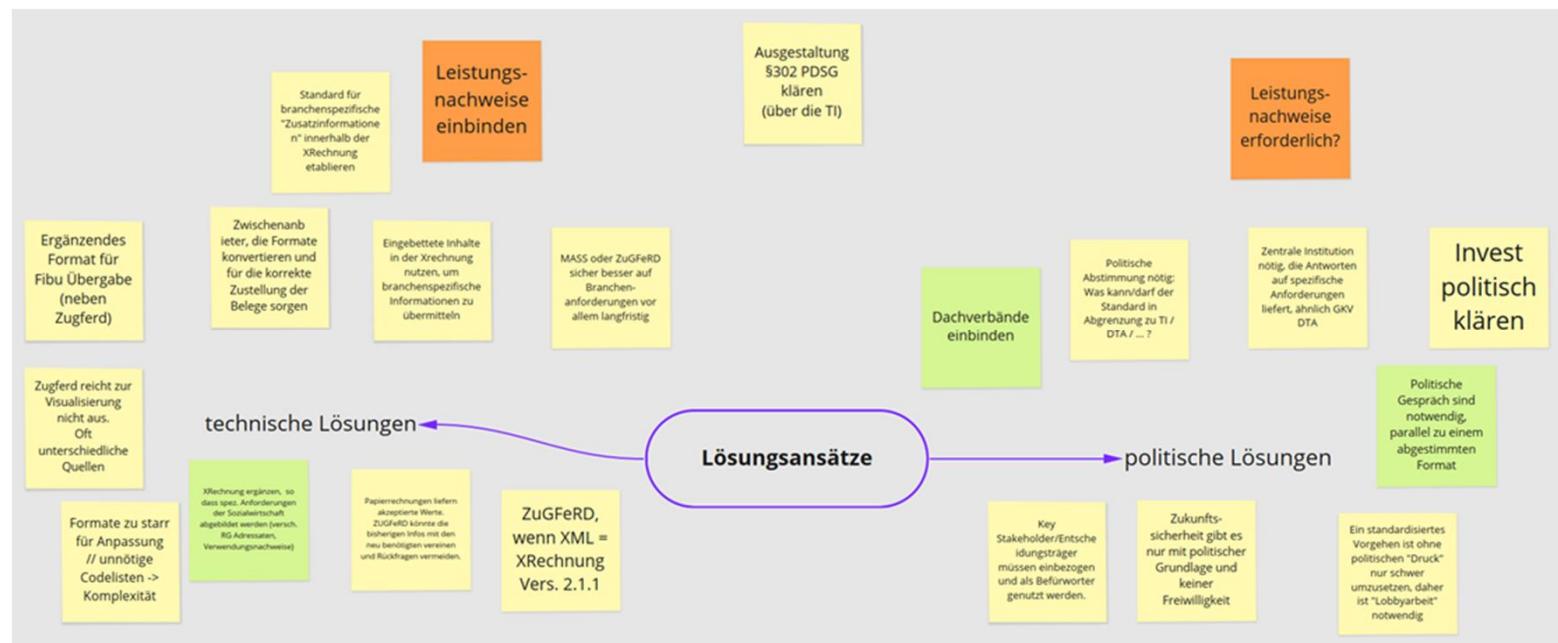
Lösungsweg in Baden-Württemberg



Bildquelle: Benjamin Scharf/BruderhausDiakonie, Geschäftsführenden Konferenz der Diakonie Bayern, 16.06.2021

Ergebnis FINSOZ FG Billing Chain

- Lösungsansätze



Fragen, Diskussion, Puffer